

Rundbrief November VIII 2023

Seit Ausbruch des Krieges am 7. Oktober zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen werden unsere Präsidiumsmitglieder zu Stellungnahmen und Interview bei Radiosendern, Fernsehanstalten und Zeitungen gebeten. Anbei zwei Interviews mit unserem Präsidenten **Nazih Musharbash**, in denen er unsere Positionen vertritt.

Interview: Weserkurier Bremen – 23.11.2023

PALÄSTINA: DPG-PRÄSIDENT NAZIH MUSHARBASH ÜBER DIE CHANCEN AUF FRIEDEN IM NAHEN OSTEN

„Schuldzuweisungen bringen uns nicht weiter“



„Israel hat kein Interesse daran, das gänzlich zerstörte Gebiet wieder zu besetzen“, sagt DPG-Präsident Nazih Musharbash.

FOTO: HATEM MOUSSA/DPA

WESER-KURIER: „Free Palestine!“ – befreit Palästina – lautet weltweit die Parole bei pro-palästinensischen Demonstrationen. Von wem oder was muss der Gazastreifen befreit werden?

Nazih Musharbash: Ich weiß nicht, wer die Parole aufgebracht hat, aber gemeint war immer die Befreiung des Westjordanlandes von der israelischen Okkupation. In Bezug auf Gaza ist es anders: Es gibt die Erhebung einer amerikanischen Wissenschaftlerin, abgeschlossen einen Tag vor dem Massaker vom 7. Oktober, nach der mehr als 75 Prozent der Bevölkerung dort die Herrschaft der Hamas nicht länger ertragen wollen. Bezogen auf die folgenden Ereignisse bedeutet der Spruch also auch eine Befreiung des Gazastreifens von der Hamas.

Und was ist mit dem Zusatz "from the river to the sea", also vom Jordan bis zum Mittelmeer?

Das könnte auch eine Erwiderung auf die Grenzziehung im neuen israelischen Nationalstaatsgesetz von 2018. Danach wurde der Staat Israel innerhalb der historischen Heimat des jüdischen Volkes, Erez Israel, gegründet. Und die umfasst eben auch das Westjordanland und den Gazastreifen. Vor Kurzem hat Premier Benjamin Netanjahu vor den UN noch eine entsprechende Karte hochgehalten. Ultrareligiöse schlagen Erez Israel sogar noch Teile Jordaniens, Syriens und Ägyptens zu.

Wenn nun aber 75 Prozent der Palästinenser die Hamas ablehnen: Wie konnte es dazu kommen, dass diese Islamisten-Truppe in Gaza die Macht ergreift und gut zwei Millionen Menschen terrorisiert?

2006 hatte die Hamas zunächst eine Wahl gewonnen, die auch nach internationalen Maßstäben als fair galt. Danach hat man aber in der westlichen Welt festgestellt, dass man mit solch einer Regierung nicht zusammenarbeiten könne. Daraufhin kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der Hamas und der unterlegenen Fatah, und am Ende wurden diese Vertreter der PLO aus dem Gazastreifen in die Westbank vertrieben. Das geschah mit Gewalt und ohne Zustimmung der Bewohner, die nun plötzlich eine islamistische Diktatur hatten. Seitdem wurde ja auch nicht mehr gewählt.

Schon 2005 hat sich Israel aus dem Gazastreifen zurückgezogen und 21 Siedlungen geräumt – in der Hoffnung auf Frieden. Die wurde nie erfüllt. Sind die Palästinenser daran völlig schuldlos?

Schuldzuweisungen - wer wann irgendwo einen Fehler gemacht hat - bringen uns ja nicht weiter. Doch der Rückzug aus dem Gazastreifen, veranlasst vom damaligen Premier Ariel Sharon, hatte ja einen Hintergrund: Wegen der hohen Präsenz von Palästinensern eignete sich das Land nicht für eine dauerhafte jüdische Besiedlung. Zum Ausgleich hat man den Siedlern, die keinesfalls freiwillig gingen, dann Land in der Westbank zugewiesen. Es war also kein Friedensangebot, sondern ein Schachzug.

Israel hat jetzt offiziell erklärt, dass es den Gazastreifen weder dauerhaft besetzen noch verkleinern will – es gehe allein um die Zerschlagung der Hamas. Falls die Hamas tatsächlich ihre Macht in Gaza verliert: Wer sollte dann dort regieren?

Das ist eine sehr heikle Angelegenheit. Auch wenn die Hamas-Strukturen zerstört sind, wird es in der Bevölkerung noch Leute geben, die einer ähnlichen Ideologie anhängen. Das ist erwartbar, auch wenn ich das nicht begrüße. Schon deshalb hat Israel kein Interesse daran, das gänzlich zerstörte Gebiet wieder zu besetzen.

Aber irgendwer muss die Kontrolle übernehmen.

Fakt ist, dass die Autonomiebehörde als Vertreterin des palästinensischen Volkes international anerkannt gewesen ist - unabhängig davon, ob sie nun korrupt oder unfähig oder beides ist. Ich wage es aber zu bezweifeln, dass sie in der Lage ist, den Gazastreifen zu kontrollieren und auch länger zu regieren - zumal sie in der Westbank auch jetzt wohl noch keine Mehrheit hinter sich hat.

Wer also dann?

Die UN? Deren Präsenz lehnt Israel kategorisch ab. Arabische Staaten? Ägypten hatte ja schon früher den Gazastreifen bis 1967 verwaltet. Das palästinensische Volk müsste sein Selbstbestimmungsrecht schon selber erlangen, aber ich weiß derzeit nicht, wie das gehen soll.

Kann ein Palästinenser-Staat überhaupt funktionieren, der aus zwei getrennten Gebieten besteht, dem winzigen Gazastreifen – kleiner als das Land Bremen - und dem größeren Westjordanland?

Als die Zwei-Staaten-Lösung erstmals präsentiert wurde, beinhaltete sie einen Korridor vom Gazastreifen zur Westbank, selbstverständlich mit Zustimmung Israels. Im Laufe der Zeit sind jedoch zwei Gebilde entstanden, die geografisch getrennt sind und auch politisch kaum miteinander zu tun haben. Das lag nicht nur an der Unfähigkeit der Autonomiebehörde, das hat auch Netanjahu in den 16 Jahren seiner Regierungszeit bewusst betrieben.

Warum?

Im Grunde hat er die Zwei-Staaten-Lösung immer abgelehnt. 2019 hat er sogar gesagt, wer sie nicht wolle, müsse die Hamas stärken. Deshalb hat er auch Katar erlaubt, Gaza massiv finanziell zu fördern. Damit wurde gleichzeitig die Autonomiebehörde von Präsident Mahmud Abbas weiter geschwächt - und Netanjahu konnte auf der Weltbühne sagen: Seht, ich habe ja gar keinen Ansprechpartner für Verhandlungen über eine Zwei-Staaten-Lösung. Die USA, die EU und Deutschland haben das einfach hingenommen. Sie tragen eine Mitschuld an der aktuellen Misere.

Aktuell gibt es etliche völkerrechtlich illegale jüdische Siedlungen in der Westbank, also jenseits des Gazastreifens. Ist eine Zwei-Staaten-Lösung nur möglich, wenn das Westjordanland quasi judenfrei wird?

Das Wort möchte ich nicht in den Mund nehmen. Damit hat Netanjahu schon Frank-Walter Steinmeier provoziert, als dieser noch Außenminister war. Wir wissen beide, dass das in Deutschland sehr sensibel ist. Aber darum geht es gar nicht. Als das Abkommen geschlossen und die Nobelpreise dafür verteilt wurden, gab es noch sehr wenige Siedlungen. Da war alles noch machbar - aber Netanjahu hat dafür gesorgt, dass es immer schwieriger wird.

Ist die Zwei-Staaten-Lösung also tot?

Nein, denn es sind lösbare technische Probleme. Nur müssen jetzt zwei Völker, die Anspruch auf dasselbe Land erheben, endlich auf Augenhöhe miteinander verhandeln und Maximalansprüche aufgeben.

Israel wäre dann an der schmalsten Stelle wieder keine 20 Kilometer breit – wie vor dem Sechstagekrieg 1967. Das mindeste wäre daher wohl eine vorbehaltlose Anerkennung des Existenzrechts Israels.

Das hat die PLO als Verhandlungsführerin für die Palästinenser ja längst anerkannt. Zudem gab es 2007 unter der Führung Saudi-Arabiens eine Initiative: Wenn sich Israel auf die Grenzen von 1967 zurückzöge, würden 56 arabische und muslimische Staaten sofort diplomatische Beziehungen aufnehmen. Auch die Hamas stimmte der Initiative zu, die Israel ablehnte. Was will man mehr? Die palästinensische Bevölkerung wartet seit 30 Jahren, seit den Osloer Abkommen, darauf.

Manche Linke sehen im Kampf der Palästinenser einen Akt des Anti-Kolonialismus und in Israel einen Apartheid-Staat. Werden die Palästinenser tatsächlich rassistisch unterdrückt und ausgebeutet?

Es geht nicht um Rassismus und Ausbeutung. Es geht darum, dass sich die Palästinenser in den besetzten Gebieten nicht frei bewegen können. Es geht um bewaffnete Aggressionen der Siedler, die von den radikalen Kabinettsmitgliedern Netanjahus unterstützt werden. Zur Olivenernte werden jetzt viele Bauern daran gehindert, ihre eigenen Felder zu betreten. Manche werden sogar aus ihren Häusern vertrieben oder ohne Begründung verhaftet. Das alles trägt nicht dazu bei, die Bevölkerung auf eine friedliche Koexistenz einzustimmen.

Wie ist es bestellt mit der arabischen Solidarität mit den Palästinensern? Ägypten macht die Grenze dicht, Jordanien hatte seinen „Schwarzen September“ und selbst Saudi-Arabien öffnet sich gegenüber Israel.

Es gibt zwei Ebenen. Zunächst die Politische, auf der Staatschefs untereinander sprechen und Friedensverträge abschließen, ohne die Bevölkerung mitgenommen zu haben. Deshalb versucht Israel jetzt auch, mit Sudan oder Marokko Abkommen ohne Vorbedingungen zu schließen. Die Palästinenser waren immer nur Spielball, sie haben nie selbst Kriege angefangen. Die arabische Solidarität hat sich in einer Gipfelkonferenz erschöpft, bei der etwas deklariert wurde, ohne etwas in der Hand zu haben.

Offenbar ist der Iran sowohl im Gazastreifen als auch im Westjordanland und im Libanon in eine Lücke gestoßen, welche die Nachbarstaaten gelassen haben. Besorgt Sie das?

Ja, das besorgt mich zu sehen, wie Iran, die Türkei und Saudi-Arabien konkurrieren quasi um die Nachfolge Ägyptens als vorherrschende Macht im Nahen Osten. Das Schlimmste daran ist, dass dies auch religiös aufgeladen ist: Schiiten gegen Sunniten etwa. Jeder verfolgt seine Interessen, aber nicht unbedingt zugunsten der Palästinenser, eher auf deren Kosten.

„Unser Thema ist eine friedliche Koexistenz zwischen Palästinensern und Israelis“, sagten Sie in einem Interview wenige Tage nach dem Hamas-Massaker. Solch besonnene Stimmen scheinen derzeit in den arabischen Gemeinschaften eher in der Minderheit, zumindest aber die Leiseren zu sein.

Ja, und das ist bedauerlich. Ich bin ja durch Willy Brandt politisiert worden, der damals die Entspannungs- und Ostpolitik vorangetrieben hatte. Frieden schließt man nur mit Feinden, nicht mit Freunden. Aber dazu gehört der Wille zum Frieden, und als Pädagoge setze ich auf die Jugend, die eines Tages vielleicht anders denkt als ihre Väter und Großväter. Die sind ja alle noch im Schockzustand: Die Israelis, die nun zum zweiten Mal eine Katastrophe erlitten haben, aber auch die Palästinenser im Gazastreifen, die um ihr Leben bangen müssen. Jugendliche erleben jetzt zum fünften Mal einen Krieg. Aber es kann nicht so weitergehen.

Steht die DPG im Austausch mit dem Zentralrat der Juden?

Nicht mit dem Zentralrat der Juden, aber wir haben Kontakt zu einzelnen Juden und Israelis, die liberal und weltoffen sind. Die kritisieren auch mit uns gemeinsam die Politik des Staates Israel und sagen, Netanjahu gefährde ihre eigenen Verwandten. Damit handeln wir ja nicht antijüdisch oder antisemitisch. Deshalb machen wir aber auch keine Kundgebungen und Demonstrationen, weil ich nicht von Hamas-Anhängern, Islamisten und deutschen Rechtsextremisten begleitet werden will.

Sondern?

Wir halten Mahnwachen ab. Wir gedenken der Toten aller Seiten, wir denken an den Frieden und verabscheuen den Krieg. Wir sind nicht Sprachrohr irgendeiner Partei in Palästina. Wir kämpfen für den Aufbau einer stabilen zivilen Gesellschaft, die eines Tages in der Lage sein wird, die Geschicke der Palästinenser in die Hand zu nehmen.

Sie werden am Donnerstag 77 Jahre alt. Haben Sie wirklich noch Hoffnung, die friedliche Koexistenz eines jüdischen und eines palästinensischen Staates zu erleben?

Ich bin älter als Jordanien und Israel, und ich werde es wahrscheinlich nicht mehr erleben. Der Konflikt hat mich mein ganzes Leben lang begleitet, doch die nächste Generation wird es wohl schaffen. Es wird lange dauern, aber die Weltgemeinschaft muss ihren Teil dazu beitragen. Auch Deutschland: Bedingungslose Loyalität zu Israel heißt ja nicht, dass man blind sein muss gegenüber den Verletzungen der Palästinenser.

Von Jörg Helge Wagner

Chef der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft: „Was habe ich mit der Hamas zu tun?“

Es herrsche ein Generalverdacht gegen Muslime, sagt Nazih Musharbash – und Palästinenser hätten keinen Raum, um ihre Trauer auszuleben. Aber müssen sie sich auch vom Terror distanzieren?

Von [Julius Betschka](#)

Herr Musharbash, Sie sind in Jordanien geboren, im Westjordanland aufgewachsen, leben seit 1965 in Deutschland. Wie empfinden Sie die Stimmung seit dem Angriff auf Israel am 7. Oktober?

Seit dem Angriff der Hamas auf Israel, den die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft und ich als deren Präsident auf das Schärfste verurteilen, hat sich in Deutschland sehr viel verändert. Es ist ein anderes Umfeld geworden, gerade für Palästinenser, Muslime und arabisch stämmige Menschen. Übrigens auch für Jüdinnen und Juden in Deutschland. Alle müssen sich für die jeweilige Politik ihrer Länder rechtfertigen.

Was meinen Sie konkret?

Es ist nicht in Ordnung, dass hinter jedem, der öffentlich trauert und wütend ist, ein Unterstützer der Hamas oder ein Islamist vermutet wird. Es ist längst ein Generalverdacht gegen Palästinenser und gegen Muslime entstanden. Ich kriege täglich Nachrichten von friedlichen Menschen, die sich nicht mehr trauen, öffentlich etwas zu dem Thema zu sagen, die sich in eine Ecke gedrängt fühlen. Ich rede dabei nicht von den Unterstützern von Islamisten auf den Straßen, von Menschen, die Tote mit dem Verteilen von Süßigkeiten feiern.

Sie selbst sagen doch deutlich Ihre Meinung, kritisieren die israelische Regierung. Haben sich Menschen in Ihrem Umfeld von Ihnen abgewandt?

Ja, ich kritisiere die israelische Politik und niemals Juden oder das Judentum. In meinem sozialen Umfeld habe ich eine sehr große Akzeptanz. Die wissen ja, wie ich ticke. Wir haben in der vergangenen Woche, das hat mich sehr gefreut, in Bad Iburg, wo ich lebe, ein Theaterstück aufführen lassen. Es trägt den Namen: "Ich werde nicht hassen". Es wurde geschrieben von einem Arzt in Gaza, der 2009 seine drei Töchter und eine Nichte durch einen Panzergeschoss verloren hat. Trotzdem kämpft er weiter für Frieden und Versöhnung.

Wie äußert sich diese Einschränkung der Meinungsfreiheit, die Sie empfinden?

Es werden Ausstellungen von Palästinensern abgesagt, es werden Filme von Palästinensern aus dem Programm genommen. Nicht weil sie Israels Politik kritisieren würden, sondern nur, weil sie von Palästinensern sind. Ich selbst bekomme E-Mails von Unbekannten, die mich nicht nur in die Wüste wünschen, sondern die mir auch mit dem Tod bedrohen. Mir wird darin abgesprochen, ein Mensch zu sein. Meine Organisation, die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft, wird in den Mails als Hamas-

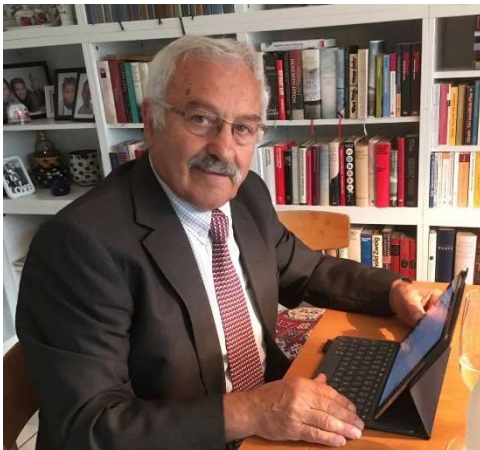
und Islamisten-Verein dargestellt. Kinder arabischer Abstammung werden in der Schule gefragt: Na, wie stehst du zur Hamas? Kinder! Das meine ich. Das muss aufhören!

Aber hat sich die Stimmung nicht längst gegen Israel gedreht? Der UN-Sicherheitsrat hat eine mehrtägige Feuerpause gefordert, auch die USA haben nicht dagegen gestimmt.

Man muss vorsichtig sein: Ich spreche nicht von einer Stimmung gegen Israel. Pauschale Kritik an Israel oder an Juden akzeptiere ich nicht. Mir geht es um Kritik am Handeln der israelischen Regierung, in der Rechtsextremisten sitzen. Aber Sie haben recht, die allgemeine Stimmung in vielen Ländern hat sich geändert, bis auf Deutschland und einige andere Staaten. Die Angriffe Israels, unter der die Zivilbevölkerung leidet, die vielen Toten und die Bilder davon sprechen für sich. Es ist doch nur menschlich, dass sich die Weltöffentlichkeit immer stärker dagegen stellt.

Auch in Deutschland wendet sich die Stimmung in der Bevölkerung, 40 Prozent halten die Angriffe Israels auf Gaza für nicht gerechtfertigt. Es ist doch nicht so, dass Sie mit Ihrer Haltung allein wären.

Vor einigen Jahren haben auch 56 Prozent der Deutschen die Schaffung eines palästinensischen Staates begrüßt. Die Menschen sehen darin eine gerechte Lösung des Nahostkonfliktes. Die deutsche Regierungskoalition hat das auch in ihrem Koalitionsvertrag stehen.



Das ist doch, was Sie auch wollen.

Aber es wird von Deutschland kein politischer Druck ausgeübt, genauso ist es bei den USA. Jetzt ist doch klar, dass die Bevölkerung sagt: Moment mal, haben die Jahre lang geschlafen? Die deutsche Öffentlichkeit hat oft eine viel eindeutigeren Haltung als die Medien und die Politik, weil ihr Fokus auf das Leiden der Menschen gerichtet ist. Mir wird von Politikern gesagt: Herr Musharbash, Sie haben recht, aber ich traue mich nicht, das in Deutschland zu sagen.

Was tun Sie in Ihrer Funktion als Vorsitzender der deutsch-palästinensischen Gesellschaft seit dem 7. Oktober konkret?

Unser Präsidium hat seine Öffentlichkeitsarbeit intensiviert, um die palästinensische Perspektive in die deutsche Debatte einzubringen. Vor einigen Tagen habe ich von meiner alten Schule, wo ich lange als Rektor gearbeitet habe, eine Anfrage bekommen, ob ich mich dort an einer Podiumsdiskussion beteilige. Das mache ich sehr gern, weil es wichtig ist, dass junge Menschen Informationen über diesen Konflikt bekommen. Ich habe auch dazu geraten, einen israelischen Referenten vorzusehen. Wir brauchen jetzt sofort mehr Programme für Schulen, um über den Konflikt zu diskutieren, in denen niemand stigmatisiert wird. Schweigen vergiftet nur das gesellschaftliche Klima.

Warum organisieren Sie keine Demonstrationen für Palästina? Das machen stattdessen dubiose Vereine und islamistische Organisationen.

Wir halten uns mit eigenen Demonstrationen sehr zurück, weil wir nicht wissen, wer uns dann begleitet. Dann würden wir verantwortlich für die Missetaten anderer gemacht. Ich habe absolut nichts zu tun mit den Schreihälsen, die antisemitische

Parolen brüllen. Die Mehrheit der Palästinenser trauert allein zu Hause um die Opfer der Gewalt auf beiden Seiten. Wir haben deshalb in Osnabrück und in Telgte zu stillen Mahnwachen aufgerufen. Ohne Fahnen, ohne Parolen. Das hat funktioniert. Wir wollten damit zeigen, dass im öffentlichen Raum Platz für Trauer und Wut sein kann. Das ist uns gelungen.

Es kamen rund 150 Leute. Hätten Sie sich mehr Teilnehmer erwünscht?

Natürlich hätten wir uns noch mehr Menschen dort gewünscht. Das Wetter war sehr ungünstig, es hat stark geregnet. Aber es ging uns nicht um eine Großdemonstration, sondern um ein Zeichen, dass Protest für den Frieden ohne Parolen und Stigmatisierung aller Teilnehmer möglich sein kann.

Sie sprechen von der Situation der Palästinenser. Seit dem 7. Oktober kommt es in Deutschland aber zu Angriffen auf Synagogen, jüdische Friedhöfe und Stolpersteine werden beschmiert. Steckt dahinter ein besonderer arabischer Judenhass?

Ich verurteile das zutiefst. Die Leute, die das tun, handeln dumm, brechen die Gesetze und verletzen jegliche Werte. Sie vermischen Dinge, die nichts miteinander zu tun haben. Die Mehrheit der Palästinenser denkt nicht so, die Mehrheit will Frieden. Diese Menschen gehen auch jetzt nicht auf die Straße, sondern ziehen sich eher in Trauer zurück.

Wer demonstriert auf den Straßen aus Ihrer Sicht?

Das ist nicht verwerflich, sondern sogar erwünscht, in einem demokratischen Staat. Sie können aber nicht davon ausgehen, dass diese Kundgebungen nicht bewusst von anderen Kräften instrumentalisiert und zu ihren Zwecken missbraucht werden: von deutschen Rechtsradikalen, von Hamas-Anhängern oder Islamisten. Auch deshalb verzichten wir unsererseits auf Demonstrationen und Kundgebungen. Die Demonstrationen werden oft angeführt von Solidaritätsgruppen pro Israel oder pro Palästina.

Der Bundespräsident hat vor zwei Wochen die Palästinenser in Deutschland gebeten, sich von der Hamas zu distanzieren, sich nicht davon instrumentalisieren zu lassen. Ist es dafür nicht längst Zeit?

Diese Aussage hat mich persönlich verletzt. Ich bin kein Fremder hier, ich habe hier Enkelkinder, die tragen meinen Namen. Was haben die mit der Hamas zu tun? Was habe ich mit der Hamas zu tun? Ich fühle mich von Herrn Steinmeier, den ich auch persönlich aus Hannover kenne, sehr missverstanden. In dieser Aussage steckt doch eine Vermutung, eine Festlegung, von der er ausgeht.

Auch der Chef der türkischen Gemeinde in Deutschland hatte so eine Bitte nach dem Anschlag an die Muslime im Land gerichtet. Was stört Sie?

Das stört mich überhaupt nicht, wenn Theologen zum friedlichen Handeln aufrufen. Ich habe die gesamte Rede des Bundespräsidenten mehrfach gelesen. Er geht mit seiner Bitte davon aus, dass es ein Fakt ist, dass sich die Palästinenser bisher von der Hamas haben instrumentalisieren lassen. Das ist nicht so! Das weiß er auch. Die Hamas spricht nicht für alle Palästinenser. Die Hamas spricht auch nicht für alle Menschen in Gaza. Die würden die Hamas am liebsten loswerden, aber wie soll man sich von einer Diktatur befreien?

Hierzu siehe Studie: <https://www.zeit.de/2023/48/bewohner-gazastreifen-hamas-israel-meinung>

Sie waren zum Zeitpunkt des Terror-Angriffs der Hamas in Jordanien bei Ihrer Familie. Hat Sie diese Attacke der Hamas überrascht?

Natürlich konnte niemand den Zeitpunkt ahnen und wusste vorher etwas von den grausamen Taten, aber dass etwas passieren würde, war mir und vielen anderen klar.

Warum?

Noch einmal: Ich verurteile diesen Angriff aufs Schärfste. Es gibt aber Hintergründe, die dazu geführt haben, die man in Deutschland nicht so gern hört. Mir geht es um eine Analyse der Umstände: Die Hamas hat drei Wochen vor dem Angriff eine Warnung an Israel gegeben, wenn die Verhaftungen der israelischen Armee in der Westbank und die Entweihung der islamischen Heiligtümer in Jerusalem nicht aufhören, dann würde etwas passieren. Die Lage hat sich für die Palästinenser in den letzten Jahren sehr verschlechtert. Israels Ministerpräsident Netanjahu hat 2019 auf dem Parteitag der Likud schon gesagt: Wer die Zwei-Staaten-Lösung vereiteln will, muss die Hamas stärken und die PLO in der Westbank schwächen.

Der Terror hatte ein nie dagewesenes Ausmaß, eine unvorstellbare Grausamkeit, Menschen wurden gefoltert und enthauptet.

Es gibt keine Worte diesen schändlichen Angriff. Ich will das nicht rechtfertigen. Niemals. Wir müssen aber die Umstände begreifen, in denen es dazu gekommen ist, um eine Wiederholung zu verhindern.

Ist dieser Terror wirklich logisch begründbar? Es wäre ihrer Meinung nach nicht zu diesem Angriff gekommen, wenn Israel weiter an einer Zwei-Staaten-Lösung gearbeitet hätte?

Die bloße Arbeit an der Zwei-Staaten-Lösung reicht nicht aus, die Menschen warten seit 30 Jahren auf deren Umsetzung. Was dann passiert wäre, kann niemand sagen. Aber die zivile Bevölkerung in Gaza hätte sich womöglich längst gegen die Hamas aufgelehnt. Es kann nicht weiter so gehen, dass der stärkere Staat den anderen Teil des Landes immer stärker besetzt. So steht es seit 2018 im israelischen Nationalstaatsgesetz, das Netanjahu vorangetrieben hat. Darin heißt es, dass das von Israel besetzte Ost-Jerusalem Teil des Staates Israel sei und dass das Land jüdisch sei. Die Besiedlung und damit die Vertreibung von Palästinensern ist Staatsziel geworden. Dagegen gab es in Israel Proteste, auch die EU hat damals dagegen protestiert.

Bundeswirtschaftsminister Habeck hat kürzlich gesagt: Der Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza ist zentral. Darauf würde die Bundesregierung gemeinsam mit den USA die Regierung Israels hinweisen. Das reicht Ihnen nicht?

Ich sage Ihnen mal Folgendes: Wer sich jetzt nicht für die humanitäre Situation der Menschen in Gaza und Israel einsetzt, wer sich nicht gegen die Tötung von Menschen in der Westbank einsetzt, der hat gar nichts begriffen. Das ist doch das Mindeste, was ich von einem Politiker erwarte. Ich erwarte von Politikern Sich für den Schutz der Zivilbevölkerung und zugleich gegen eine Feuerpause auszusprechen, ist mehr als befremdlich., dass sie Lösungen finden für anstehende Probleme, und nicht nur Beruhigungen. Sich für den Schutz der Zivilbevölkerung und zugleich gegen eine Feuerpause auszusprechen, ist mehr als befremdlich.

Deutschland hat wegen der Shoah eine Sonderrolle, gerade nach diesem Massaker am 7. Oktober, deshalb ist die Sicherheit Israels Staatsräson. Erkennen Sie das an?

Die DPG erkennt die Sonderrolle Deutschlands in Bezug auf die Shoah an. Wir meinen aber, dass die Verpflichtung Deutschlands Juden und Judentum gelten muss. Eine bedingungslose Loyalität mit dem Staat Israel, wie die Staatsräson verstanden wird,

bedeutet nach unserer Auffassung nicht, dass man völlig politisch blind wird. Seit 1967 begeht Israel gravierende Völkerrechtsbrüche, die von der deutschen Politik „verbal“ kritisiert, jedoch faktisch geduldet werden. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung steht: "Wir fordern den Stopp des völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus." Warum werden so deutlich nicht die Angriffe auf Zivilisten in Gaza kritisiert? Netanjahus Politik, das sagen mir auch meine jüdischen Freunde, schadet nicht nur den Palästinensern, sie schadet auch den Israelis. Die Bundesregierung steht zu Israel, das verstehe ich wegen der deutschen Geschichte. Aber trotzdem muss doch Kritik an der Politik an der Regierung möglich sein. Jetzt muss der Freund dem Freund sagen: Halt!

Das Sterben von Zivilisten in Gaza gehört zur Kalkulation der Hamas. Sie versteckt sich unter Krankenhäusern und Schulen. Wie soll Israel sich sonst verteidigen?

Jeder Staat hat das Recht auf Selbstverteidigung, natürlich auch Israel. Der Gaza-Streifen ist kaum größer als die Stadt Bremen, darin leben mehr als zwei Millionen Menschen. Die Menschen in Gaza werden von der Hamas-Regierung unterdrückt, sie werden als Schutzschild missbraucht. Israel konnte bisher alle konventionellen Kriege mit den arabischen Staaten binnen weniger Tage gewinnen. Nun hat das israelische Militär keinen Staat als Gegner und der Krieg dauert jetzt schon über 45 Tage mit fast 13.000 Toten. Sowohl der Angriff als auch der Verteidigungskrieg bringen nur Tod, Zerstörung und Elend mit sich und sind zudem ein Risiko für das Leben der israelischen Geiseln.

Aber wie soll ein jüdischer Staat reagieren nach einem Massaker, bei dem so viele Juden starben wie seit der Shoah nicht? Ist Selbstschutz nicht unabdingbar?

Netanjahu spricht von Rache. Das bringt aber keinen Frieden. US-Präsident Joe Biden hat Israel gewarnt, die Fehler, die die Amerikaner in der Wut und Trauer nach dem 11. September 2001 gemacht haben, zu wiederholen. Politik darf nicht emotional sein. Als Deutsch-Palästinensische Gesellschaft setzen wir uns ein für die Beendigung dieser Eskalation ein. Uns ist jedes Leben gleich wichtig: das von Israelis und das von Palästinensern. Die Zivilbevölkerung muss geschont werden!

Wäre der Krieg nicht sofort beendet, wenn die Hamas heute die Waffen niederlegt?

Ich bin überfragt, ob der Krieg dann wirklich vorbei wäre. Wir sind uns, denke ich, einig, dass es Israel nicht gelingen wird, die Ideologie der Hamas zu zerbomben. Israel kann nur die einzelnen Personen töten, aber die Idee wird dadurch eher stärker. Ein Jugendlicher in Gaza mit 20 Jahren hat dort schon fünf Kriege erlebt. Was erwarte ich mir von jemandem, der mit dieser Gewalt aufwächst? Ich setze deshalb auf Frieden. Wir müssen diese jungen Menschen vom Weg der Gewalt wegbekommen. Wir müssen die Zivilbevölkerung zur Demokratie befähigen.

Auch Israel nimmt für sich in Anspruch, auf Frieden zu setzen. Was ist die Lösung des Problems aus Ihrer Sicht? Das Ende der Hamas?

Man wird die Hamas nicht militärisch besiegen können. Dann entsteht die nächste Organisation. Die Lösung ist die Beendigung der Besatzung von Gebieten durch Israel und eine echte Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen von 1967.

Also ein palästinensischer Staat bestehend aus Gaza, dem Westjordanland und Ost-Jerusalem.

Ja. Das ist der Schlüssel für den Frieden im Nahen Osten. Das will ja auch die deutsche Bundesregierung.

Sie haben Bundespräsident Steinmeier scharf für seine Bitte an die Palästinenser kritisiert. Was erwarten Sie stattdessen von der deutschen Politik als Palästinenser in diesem Land?

Die deutsche Politik erkennt unsere Trauer nicht genug an. Das muss sich ändern. Wissen Sie, wir alle bangen gerade um die Sicherheit von Menschen, die wir kennen. Genauso wie die Juden um ihre Angehörigen Angst haben. Ein Arzt aus dem Emsland in meiner Nähe mit deutschem Pass, war mit seinen Kindern Anfang Oktober bei seiner Familie in Gaza. Er hat noch versucht, dort herauszukommen, hat es jedoch nicht geschafft. Das Haus der Familie ist zerbombt. Alle sind tot. Wo soll deren Umfeld trauern? Ich habe große Sorge, dass die Trauer in Wut umschlägt. Wenn ich aber mit anderen trauere, kann ich Frustration und Isolation verhindern.

Was schlagen Sie vor?

Wir brauchen auch in Deutschland einen Raum, damit Palästinenser um ihre Toten trauern können. In Frieden und ohne Stigmatisierung. Warum wird nicht von der Politik so etwas organisiert? Warum gibt es keine Gedenkorte in großen Städten? Dort würden die friedlichen Menschen hinkommen und nicht die Radikalen. Das könnte für Juden, Muslime und Christen, für Israelis und Palästinenser organisiert werden.

Haben Sie gerade Hoffnung auf Versöhnung zwischen Israelis und Palästinensern?

Wenn ich keine Hoffnung auf Frieden und Versöhnung hätte, würde ich meine Arbeit sofort einstellen. Wir müssen dafür sorgen, dass friedliches Denken und gegenseitige Wertschätzung Hass und Rache ersetzen. Frieden schließt man mit seinen Feinden, die dadurch zu Freunden werden. Hierzu ist Versöhnung eine Grundvoraussetzung.



Weiter Information

<https://dpg-netz.de/>